

, den 16. April 1964

N.1.3. - K/ku

Herrn  
Botschafter Pierre M i c h e l i  
Generalsekretär des Eidgenössischen  
Politischen Departements

P.B.

B e r n

Westliche Sozialisten, Moskau  
und Apartheid.

an							a/e
Datum							24. IV
Visa							h
EPD 22. April 1963							
Ref. ✓ p. A. 21.31. Accord.							

✓ p. B. 51.14.21. 20. Afr. Suda.

Herr Botschafter,

p. B. 73. Af. Suda. O. s. B. 24. 94. Afr. Suda. o.

In Ghana hat die kürzliche Mitteilung des UNO-Delegierten der Sowjet-Union an den Sicherheitsrat höchste Befriedigung erzeugt, wonach unverzüglich wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika zu ergreifen seien. Diese Forderung, die sich mit dem Programm der Afro-Asiaten deckt, wurde unmittelbar vor Eröffnung der Londoner-Konferenz über Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika verkündet. Die sowjetische Forderung kostet Moskau genau nichts, da Südafrika mit dem Ostblock keinen Handel treibt.

Als Gegensatz zu dieser "menschlichen und demokratischen Haltung der Sowjet-Union" wird die Einstellung in der gleichen Frage der westlichen Sozialistenführer wie Wilson und Willy Brandt enttäuscht und erbittert herausgestrichen. Diese bekräftigen das Waffenembargo der UNO, betonen jedoch, dass wirtschaftliche Sanktionen weder durchführbar noch den Interessen der schwarzen Bevölkerung in Südafrika förderlich wären. Die ghanaische Analyse der Haltung der westlichen Sozialisten gipfelt in der Behauptung, dass Sozialisten wie Wilson und Brandt dem Waffenembargo beipflichten, um dadurch die Stimmen der Antiapartheid-Elemente zu gewinnen, dagegen wirtschaftliche Sanktionen ablehnen, um nicht die Stimmen der im Wirtschafts- und Finanzverkehr mit





- 2 -

Südafrika nutzniehenden Wähler zu verlieren.

Der Kreuzzug gegen die Apartheidpolitik von Verwoerd, der für Ghana und die meisten afrikanischen Staaten (wie der Kampf gegen Israel bei den Arabern) das höchste Gebot darstellt, findet die Sowjet-Union ständig auf Seiten der Afrikaner. Die Unterstützung der Afrikaner ist für die Sowjet-Union umso einträglicher, als Sanktionen keine materiellen Opfer von der Sowjet-Union verlangen und die ablehnende Haltung der westlichen Länder die Sowjet-Union als wahren demokratischen Freund der Afrikaner erscheinen lässt. Die Sowjet-Union hat ein grosses Interesse an der Aufrechterhaltung des südafrikanischen Rassenproblems, da dieses zufolge seiner wirtschaftlichen Aspekte einen Keil zwischen Westeuropa, USA und Afrika treibt. Ferner kann die Sowjet-Union im Streit mit Rotchina je nach Wunsch dessen indirekten Handel mit Südafrika via Hongkong zur Anklage erheben, wodurch das Ansehen Rotchinas in den Augen Afrikas herabgesetzt würde.

Kommt es früher oder später zum Ende der weissen Vorherrschaft in Südafrika wird die Sowjet-Union auch von der neuen Konstellation, besonders wenn sie chaotisch ist, profitieren. Auf diese billige Art kann die Sowjet-Union nur so oder so gewinnen.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

G. de Keller